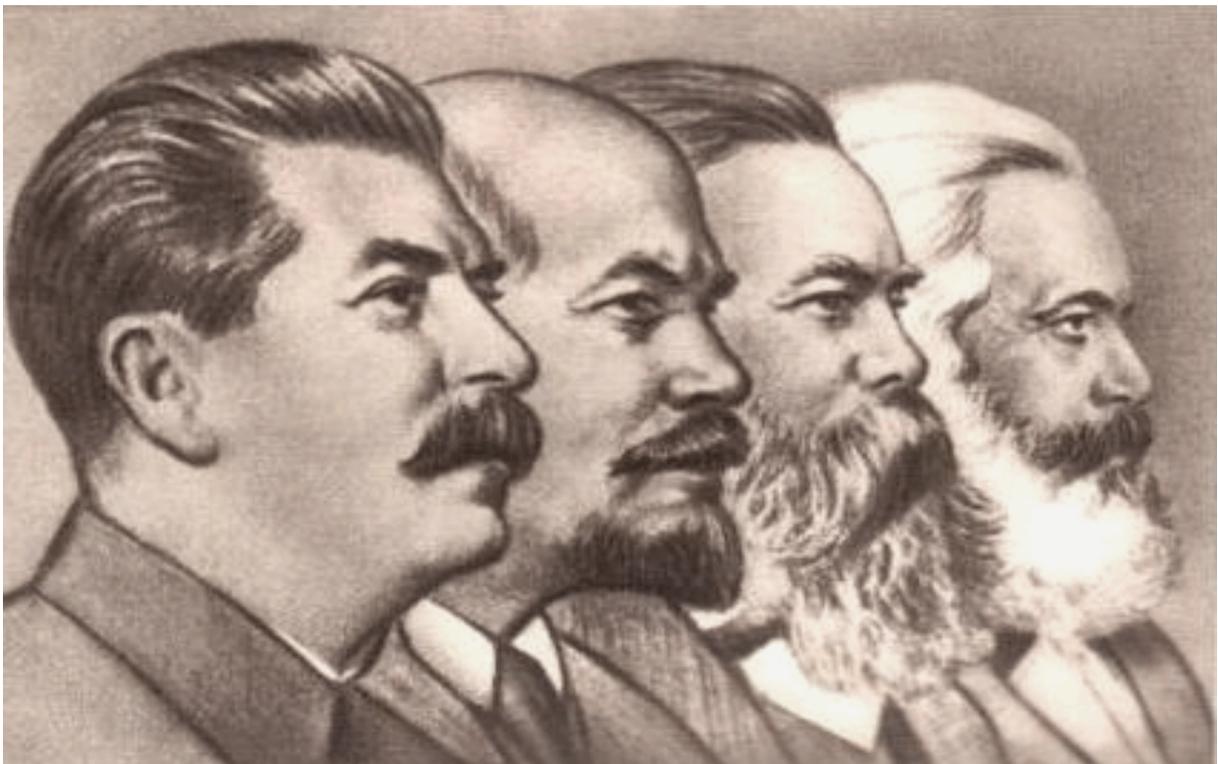


Wollten Sie nicht schon immer wissen, was der Elefant im Porzellanladen so macht?

Der Stadl

Streng geheime Nachrichten für DJV-Funktionäre und solche, die es lieber nicht werden wollen.

Ausgabe Juli 2006



Gefangen im Gestern

**Warum die Gewerkschaft Deutscher
Journalisten-Verband nicht überleben kann**

TITEL / DJV-KRISE

„Wenn sie scheitern Seit' an Seit'“

Früher war es eine „Win-win-Situation“, schwärmt ein altgedienter Gewerkschaftsfunktionär von Tarifverhandlungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Auf beiden Seiten des Tisches saßen die Profiteure des parasitär-korrupten deutschen Zwangs-Rundfunksystems, des bei weitem teuersten der Welt. Beide Seiten, die mit dem Arbeitgeber-Hut und die mit der Proletarier-Kappe, „verhandelten“ darüber, wie sie sich alle miteinander am besten die Taschen vollstopfen könnten. Für die Zeche aufkommen mußten Zwangsgebührenezahler, die nirgends vertreten sind und nirgends mitreden dürfen.

Heutzutage gibt Lothar Kaiser, 59, Rotfunk-Veteran, frustriert, aber kommentarlos die neueste Niederlage der DJV-Tarif-Gurus bekannt: Beim Westdeutschen Rundfunk (WDR), wo jahrzehntelang nur Karriere mit dem Dreiklang „SPD, Staatskanzlei, Gewerkschaft“ zu machen war, gibt's ab September 1,2 Prozent mehr für die Angestellten. Erst eineinviertel Jahr später, ab Januar 2008, folgen weitere 1,5 Prozent. Fatal.

Nach bisher gültigem DJV-Dogma ist das „unannehmbar“ und „Kahlschlag“, weil deutlich unter der Inflationsrate, was zu Kaufkraftverlust führt. Doch die Zeiten, da man noch - durchs Parteibuch verbunden - kräftig abzockte, sind sogar beim Parteibuch-Sender WDR vorbei.

Die DJV-Apparatschiks, auch durch verbandsinterne neo-liberale Opposition in der Sackgasse Gewerkschaft gefangen gehalten, wirken wirr und ratlos. Wenn selbst beim WDR kein Stich

mehr zu machen ist, wie soll man dann den zahlenden Mitglieder erklären, was der Gegenwert für über dreihundert Euro Beitrag ist? Was hat ein Zeitungsredakteur vom DJV, wenn der seit elf Monaten keinen Tarifvertrag zustande bringt?



DJV-Tariffunktionär Engeroff:
Erst geht der Tarif, dann geht der Funktionär

„Elf Monate Tariflosigkeit sind mehr als genug,“ posaunt der Journalistenverband seine Machtlosigkeit auch noch per Pressemitteilung öffentlich heraus. Die verzweifelte Gewerkschaftler versuchen seit Mitte 2005, die Tageszeitungsverleger zum Tarifabschluß zu drängen - erfolglos. Die Arbeitgeber haben ein klares Ziel: Kostensenkung in allen Unternehmensbereichen der Verlage, also auch in den Redaktionen. Zehn Prozent möchten es schon sein. Der seit Jahren schrumpfende Markt läßt auch kaum eine andere Wahl. Und dem Argument, daß, wer in einem schrumpfenden Markt arbeite, nicht wachsendes Einkommen erwarten könne, haben die auf „Immer mehr Geld für immer weniger Arbeit“ fixierten Malocher-Mandarine nichts entgegen zu setzen außer wirren Moralappellen.

Am 11. Juli 2006 soll in Frankfurt am Main die nächste Verhandlungsrunde stattfinden. Es soll auch die letzte sein, „droht“ der zahnlose Papier-tiger DJV mit der fast leeren Streikkasse und der breiten Mehrheit an „Freien“, die nicht daran denken, den am besten in Europa verdienenden Redakteuren ihre Luxus-Tarife zu bezahlen. Und weil die Zeitungs-Arbeitgeber auch ohne Flächen-tarif gut leben können, stehen die Chancen für Frankfurt ziemlich schlecht. Ein böses Omen ist auch die von den Verlegern am 30. Juni 2006 vorgelegte Kündigung des Manteltarifvertrags per Jahresende. Es kommt knüppeldick - und der DJV kann weder die Schlacht noch den Krieg gewinnen. Noch schlimmer: Der Feind weiß es.

Weiteres Ungemach droht: „Der DJV-Gesamt-vorstand wird - sollten die Verleger nicht ein-lenken - am 11. Juli endgültig über eine Öffnung für Regional- und Haustarifverhandlungen entscheiden,“ kündigt Hubert Engeroff, Hauptge-schäftsführer des Tarif-Kastraten DJV im Laut-sprecherduktus an. Erschreckt hat das niemanden - außer den DJV-Landesverbänden, die wissen, daß sie das nicht schaffen werden; es sind fast alle.

Die avisierte abendliche Gesamtvorstands-Sit-zung wurde aber abgesagt; man könne halt in Frankfurt keinen Tagungsraum finden, leider. Dann sollte eine „Telephonkonferenz“ der bis zu sechzig (!) Vorständler die Weichen stellen.

Im aufmüpfigen Landesverband Brandenburg (Vorstand Conen: „Wir sind das Bollwerk gegen die Rechtsverachtung der Apparatschiks.“) fürchtete man, durch rechtzeitig auftretende „technische Störungen“ von der Willensbildung ausgeschlossen zu werden, die ohnehin unter sechzig am Telephon unmöglich ist. „Telephon-sitzungen gibt es nach der Satzung nicht. Wir bestehen auf einer ordnungsgemäßen Gesamt-vorstandssitzung ‚Face to face‘. Schließlich geht es um die Existenzfrage des Verbands: Bleibt der Flächentarif?“, stellt Torsten Witt, Brandenburger Vorsitzender, klar. „Die Telephonkonferenz kann nichts beschließen. Tut sie es doch, folgt die Einstweilige Verfügung auf dem Fuße.“ Die Verleger wissen auch das.

Da mußte Oberfunktionär Engeroff in Bonn zähneknirschend klein begeben. Er berief eine Sondersitzung des Gesamtvorstands für den 12. Juli 2006 ein. Zuerst sollten die bis zu sechzig Verbandshauptlinge nach Kassel kommen; doch dann bemerkten Engeroffs Hiwis, daß sie ein Hotel in Fulda gebucht hatten. „Das fängt ja gut an,“ schmunzelt Brandenburgs Conen. Ungelöst ist die Frage, ob der Gesamtvorstand nicht ohne-hin für die Katz' ist: Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts dürfen Tarifentscheidungen bei Gewerkschaften nur Arbeitnehmer treffen. Doch die Mehrheit der Vorständler bilden „Freie“ und Rentner. Das geht spätestens schief, wenn jemand zu Gericht geht.



DJV-Bundesvorstand, Vorsitzender Konken (links):
Aufbruch ins mosernde Abseits

Der Aufwand des DJV für die Tarife steht in keinem Verhältnis zum Erreichbaren, aber auch nicht zur immer weiter sinkenden Zahl derer, die überhaupt noch unter Tarifverträge fallen - wenn es denn noch welche gibt. Nur noch die Hälfte

aller Medienunternehmen ist tarifgebunden, also sind auch rund die Hälfte aller angestellten Journalisten nicht tarifunterworfen; nur im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sieht es noch anders aus. Auch wo formal Tarifverträge gelten, werden sie oft nicht angewendet und unterlaufen. Die Gewerkschaften schweigen dazu, weil sie es - selbst von ihren Mitgliedern - nicht erfahren oder zugeben müßten, daß sie es nicht ändern können.



DJV-Arbeiterführer Geibel (ganz links):
Häuptling ohne Geld, Indianer ohne Lust

Wozu Tarife heute noch gut sein sollen, kann der DJV nicht einmal denen erklären, die seit elf Monaten Tariflosigkeit „erdulden“ müssen. Ein Zeitungsmann in München: „Mir fehlt nichts ohne Tarif. Ein neuer Tarif wär’ gefährlich. Da fährt uns der DJV ja doch nur neue Miese ein.“ Es gibt nur eine Gruppe, die auf Tarifverträge angewiesen ist: Die Verbands-Nomenklatura verliere mit den Tarifen ihre Daseinsberechtigung - und damit fette Pfründen mit vierzehn Luxus-Gehältern und reichlich Spesen und Nebenjobs für Ehrenämter. Während in der DJV-Mitgliedschaft der Flächentarif längst als Fossil abgehakt ist, kämpfen die Funktionäre verbissen um ihn. Denn sie wissen: Erst geht der Tarif, dann geht der Funktionär.

Die Funktionäre sind das Problem. Die Wortführer wie Konken, Geibel oder Engeroff leben noch in der Welt des Klassenkampfes. Ihr Feindbild heißt Unternehmer. Obwohl längst über die Hälfte der DJV-Mitglieder Unternehmer sind, beharren sie mit Suppenkaspar-Charme darauf, eine kämpferische Gewerkschaft wie aus dem marxistischen Bilderbuch zu sein. Diese Illusion wird wohl demnächst auch platzen. Ein Verleger hat die linken Ideologen dicke. Er überlegt, beim zuständigen Arbeitsgericht auf die Feststellung zu klagen, daß der DJV keine tariffähige Gewerkschaft ist. Seine Chancen stehen sehr gut.

Aber auch jetzt bestimmen Wirtz und Hilfflosigkeit das Erscheinungsbild des einst geachteten Verbands. Brandenburgs Conen erinnert sich an ein kurzes Telefongespräch mit dem glücklosen Vorsitzenden Konken: „Der Mann hat mir nett erklärt, er wolle mit dem Landesverband Brandenburg und mit mir nicht sprechen, solange Torsten Witt da sei. Auf meine Frage, was denn Witt vorzuwerfen sei, meinte Konken allen Ernstes, das dürfe er nicht sagen, weil die Vorwürfe gerichtlich als falsch verboten worden seien. Ich fürchte, Konken und sein Politbüro sind mit rationalen Kriterien nicht zu fassen.“

Der DJV im Sturzflug: Seit Konken gibt es für die Mitglieder keine vernünftigen Ziele und keine offene Diskussion, sondern wirre Sprüche und lächerliche Moralappelle - und irrationales Mobbing gegen Andersdenkende wie bei einer religiösen Sekte, die gegen die Ungläubigen kämpft. Die Verleger stellen kopfschüttelnd fest, daß die DJV-Verhandler die Wirklichkeit ignorieren und Pawlowsche Reflexe zeigen, während die Streikkasse fast leer ist. Und die (Medien-) Öffentlichkeit nimmt den Verband einfach nicht mehr wahr - als wäre er schon tot.

Was tun? Der DJV hat die Chance, rechtzeitig von Gewerkschaft auf Serviceorganisation umzuschalten, schon verpaßt. Er hat sich auch von cleveren neo-liberalen Verbands-Opponenten wie Bruckschen oder Conen viel tiefer in die Sackgasse Gewerkschaft treiben lassen, als das hätte sein müssen. Von dort ist nun kein Entkommen mehr. Jeder an sich vernünftige Schritt weg vom Pleite-Modell Gewerkschaft kommt jetzt bei Mitgliedern und Öffentlichkeit als Kapitulation vor Conen an. Der schmunzelt: „Die Klassenkampf-Armee ist schon in Stalingrad, weiß es aber noch nicht.“

Die nüchterne Analyse ergibt: Die Zeit des Kollektiven, die Zeit des von Funktionären in fetten Pfründen kommandierten Zwangswohlfahrtsregimes, in dem die einzelnen nichts zu sagen haben, ist vorbei. Sich einordnen, gehorchen, Führern folgen, „Solidarität“ - alles das gilt als schiere Blödsinn. Niemand vertraut mehr anderen, schon gar nicht Funktionären, schon gar nicht den Gewerkschaften. Daß man die Verantwortung für sich selbst nicht an Organisationen oder den Staat abgeben kann, ist Zeitgeist - „Hilf dir selbst, dann

hilft dir Gott!“ Die Zeit der Kuschel-Kollektive, die immer mehr Dumme, Faule und Dreiste durchfütterten, ist vorbei. Da waren sich sogar der neue SPD-Vorsitzende Beck und Zeitungsverlegerpräsident Heinen einig.

Derweil scheitert das Projekt DJV an sich selbst. Immerhin: Die selbstverliebten Verbands-Mogule scheitern gemeinsam, Seit' an Seit'. „Unser Erfolg heißt Solidarität, egal ob's hilft,“ trumpft einer auf. Der solidarische Marsch ins mosernde Abseits hat begonnen.

Willkommen bei den *Siegern der Geschichte*, lieber DJV!



SPD-Chef Beck (links),
Zeitungsverlegerpräsident Heinen:
Eigenverantwortung statt Kuschel-Kollektive

DJV BUNDESVERBAND **2½ Stunden**

Um 14.00 Uhr begann die Sitzung, um 17.30 war alles vorbei. Nach Abzug von zwei dreißigminütigen Pausen saß der Gesamtvorstand des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) am 19. Juni 2006 in Kassel gerade einmal zweieinhalb Stunden beisammen - mitten in zwei Tarifkonflikten, mitten in seiner eigenen Existenzkrise. Die sonst schon zur Rechtfertigung der teuren Übernachtung im Luxus-Hotel übliche Fortsetzung der Konferenz am nächsten Morgen sagte der Vorsitzende ab und wünschte den Vereinsgränden viel Spaß beim „Bunten Abend“.

Der ging dann eher in Richtung „9½ Stunden“. In einem exklusiven und entsprechend teuren Lokal in Bad Emstal fand das inzwischen für die Verbands-Nomenklatura übliche ausufernde Freß- und Saufgelage statt. Den Arbeiterführern gelang es schnell, sich mithilfe von geistigen Getränken in die Erfolgsstimmung hinein zu schwadronieren, die sich bei der Sitzung zuvor so gar nicht einstellen wollte. Während der Gesamtvorstand am Nachmittag für das Kerngeschäft Tarifpolitik weniger als fünf Minuten Zeit hatte, lauschten die Apparatschiks den alkoholschwangeren Ankündigungen der „Totenkopf-

Titelbild: Fehldruck eines Plakats von 1935; die kommunistischen Führer schauen nach rechts.

Division des Klassenkampfes“ aus Deutsch-Südwest am Abend schier endlos.

Nur einem aus Berlin schwante Übles: „Wer sich seine gewerkschaftlichen Erfolge herbeisufen muß, ist bald am Ende.“ Ein Bayer freilich, der schon tagsüber im Sitzungssaal mit Bier den Frust bekämpft hatte, bemerkte glasigen Blicks: „Alles halb so schlimm, wir kommen auch wieder nach oben.“ Wirklich?

Alles frei. So liebt es der von Natur jeder Anstrengung abholde Funktionär. Bei der „All-inclusive“-Sause mit Bustransfer dürfte der Beitrag von mindestens 200 hessischen Journalisten verjuxt worden sein.

Nur ein Teilnehmer, Brandenburgs Hans Werner Conen, wandte sich angewidert ab: „Wenn bei solchen Verhaltensweisen von ‚Parasitentum‘ die Rede ist, verstehe ich das.“ Sein Urteil über die „Spezies, die sich stets gegenseitig in Vereinsämter des DJV und seiner Landesverbände wählt,“ ist hart: „Wer ein Ehrenamt annimmt, muß Geld mitbringen. Versager, Verlierer oder Hungerleider, die nicht mindestens 12.000 Euro pro Jahr reinbuttern können, gehören in kein Ehrenamt. Diese DJV-Schnorrer bewirten sich gegenseitig luxuriös auf Kosten der Mitglieder - verachtenswert.“

Für den DJV-Verbandstag in Weimar hatte der Landesverband Brandenburg einen Antrag vorgelegt, der zu weniger Luxus bei Gremiensitzungen verpflichten sollte; für Sitzungen von üblicherweise unter fünf Stunden sei keine Übernachtung für fast sechzig Personen im Luxushotel erforderlich. Durch abenteuerliche Tricks wurde die Behandlung des Antrags unterbunden. Jetzt, nach den zweieinhalb Stunden von Kassel, ist der Grund klar.

„Wer A sagt, muß nicht B sagen. Er kann auch erkennen, daß A falsch war.“

Bert Brecht

KOMMENTAR

Aber bitte mit Sahne!

von Sharon Rothstein

Na klar: Viele (DJV-) Funktionäre sind faule Schnorrer, die für viel Mitgliedergeld erster Klasse von weit her anreisen, dann pro forma zweieinhalb Stunden im Gesamtvorstand ein bißchen Bla-bla reden, um darauf zum eigentlichen Zweck der Übung zu kommen - umsonst Fressen und Saufen bis zum Abwinken.

Aber: Was sollen sie denn anderes noch machen?

Der DJV bringt entweder gar keine Tarifverträge mehr zustande oder bestenfalls noch solche mit massiven Einbußen für die Mitglieder. Der Verband ist nach den Kriterien des Bundesarbeitsgerichts längst nicht mehr tariffähig. Die Arbeitgeber wissen das und nutzen es klug. Selbst von den festangestellten DJV-Mitgliedern sind nur wenige und immer weniger überhaupt von Tarifverträgen betroffen. Der breiten Mehrheit der DJVler, die nur wegen Rechtsschutz und Presseausweis noch Beitrag zahlen, ist der öde Tarif-Mummenschanz eh wurscht. Und Nützliches für Freie gibt es beim DJV nicht.

Die lächerlichen Inszenierungen mit „Gesamtvorstand“ und „Tarifkommission“,

mit sinnlosen „Verhandlungen“ und flammenden Protesten gegen alles und jedes haben nur noch einen Sinn: Die Pfründen der Funktionäre zu sichern. Denn die manisch-egoistische Kaste weiß: Erst geht der Tarif, dann geht der Funktionär. Das darf nicht sein. Da ist jedes Opfer recht - bei den anderen.

Die teuren Freß- und Saufgelage haben eine klare Botschaft an die DJV-Mitglieder: „Ihr, die Beitragszahler, bekommt nichts mehr für's Geld - dafür legen wir, die Funktionäre, einen Zahn zu beim Feiern auf Spesen. Wir haben ja sonst nichts mehr zu tun.“

Sa(h)nierungsfall DJV.

DJV BADEN-WÜRTTEMBERG I

Der Mann, der ein Zäpfchen war

Thomas Schelberg, 45, hat keine Wahl: Der Geschäftsführer des DJV-Landesverbands Baden-Württemberg ist Rechtsanwalt. Nirgends in Europa gibt es so viele Rechtsanwälte wie in Deutschland. Bei der Marktlage ist Schelberg auf den DJV angewiesen, schlimmer: Auf den Vorsitzenden Karl „Charly“ Geibel. Der wurde im April fünfundsechzig Jahre alt - und Rentner.

Da muß der linke Rechtsgelehrte, dem die große „Ich fordere Recht!“-Karriere versagt geblieben ist, im Zentralorgan „Journalist“ als Lobsänger auftreten: „Wenn man

ihn kennt und in seinem Element erlebt hat, hält man die Schlagzeile (...) für eine Ente: Karl Geibel 65 - das muss ein Druckfehler sein!“, beginnt die Schleimspur. Den Landesvorsitzenden und SPD-Wahlkampf-Trommler, der seit zwanzig Jahren keine Andersdenkenden, keine Kritik



Eloge im Zentralorgan:
„Journalist“-Personenkult

und keine Wahlen mit Gegenkandidaten dul-

det, lobhudelt sein Hausmeier zum guten König hoch - verbales Herumscharwenzeln, Byzantinismus um einen mit dem Charme des Freizeit-Stalinismus und starkem Hang zur Günstlingswirtschaft.

Hofschanze Schelberg, der seit Jahren Geibels Schlappenschammes gibt, klärt die Nomenklatura des DJV via „Journalist“ über die zahlreichen Pöstchen seines Häuptlings auf, nennt ihn „Chefredakteur“, der er nie war, und singt das Heldenepos vom titanischen Übermenschen, der sich für die Seinen verzehrt: „Geibel kämpft tagtäglich für zwei ganz grundlegende Faktoren des journalistischen Berufs: Qualität im Journalismus und soziale Sicherheit der Journalisten. Das sind im Schnitt zwei Berufsleben in der Woche.“ Potz Blitz, ein wahrer Teufelskerl, dieser Geibel - wie schafft er das nur?

Klar, daß einer wie der Große Vorsitzende längst Anspruch auf einen Vorzugsplatz in der „DJV Hall of Fame“ hat. Trommelbube Schelberg, ganz nebenbei auch noch lokaler SPD-Wahlkampfleiter, jubiliert über seinen Genossen: „Ohne Zweifel stellt Geibel eine der einflussreichsten Persönlichkeiten des DJV dar.“



Übermensch Geibel (links), Lobhudler Schelberg:
Zwei Berufsleben pro Woche

Und - man kennt es von anderen Granden, die sich eigene Geschichtsschreiber halten - natürlich ist Geibel ein feinsinniger Liebhaber der Malerei, der Literatur und der Musik. Genug Personenkult? „Er hat ein großes Herz für die Familie,“ flötet Kammerdiener Schelberg, der nichts ausläßt.

Während sonst ob der Jubelchöre für einen Alt-Funktionär die verbandstypische Teilnahmslosigkeit herrscht, will eine Landesgruppe („Wir sind

das Volk“), daß „sich Leistung wieder lohnen muß.“ Deshalb hat sie dem „DJV-Komitee für Wallfahrten, Verherrlichungen und Seligsprechungen“ vorgeschlagen, Schelberg das „Goldene Zäpfchen mit Schleimbeutel“ zu verleihen. Ein Sprecher: „Vorbildliche Jubler wie Schelberg haben erfolgreich die Wirklichkeit verdrängt und so den DJV zu dem gemacht, was er ist. Das muß ihnen vergolten werden.“

Die feierliche Ersteinführung des „Goldenen Zäpfchens“ soll im Rahmen der „Geibel-Festspiele“ - vulgo: DJV-Verbandstag - im November in Mannheim auf offener Bühne stattfinden. Der Veranstalter DJV weiß es aber noch nicht.

DJV BADEN-WÜRTTEMBERG II

Lügen haben Geibels Beine

Mit Karl „Charly“ Geibel, DJV-Klassenkampf-Fossil, geht es steil bergab: In Verbandsgremien lacht man inzwischen über die oft wirren Ideen des „Alten vom Berge“ - und bei Gericht kassiert er Niederlage auf Niederlage gegen seinen mit hingebungsvollem Haß verfolgten Erzfeind, den Brandenburger Vorstand Hans Werner Conen.

Am 28. Juni 2006 um genau 12.00 Uhr war wieder einmal „High noon“ für den gebeutelten Südwest-Machthaber: Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete ihr Urteil in Sachen Conen gegen DJV Baden-Württemberg, vertreten durch Karl Geibel. Der Tenor war klar und bitter: Der Verband wird antragsgemäß verurteilt, drei im Zentralorgan „Blickpunkt“ verbreitete erfundene Lügengeschichten über Conen zu unterlassen - und muß alle Kosten zahlen, was auf knapp viertausend Euro Mitgliedergeld hinausläuft, die der Arbeiterführer sinnlos verzockt hat.

Conens Rechtsverfolgung wegen der regelmäßig durch DJV-Funktionäre über ihn verbreiteten Lügenmärchen folgt stets einem festen Ritual: In einem höflich-sachlichen Schreiben - meist vom „Leibanwalt“ Gero Himmelsbach aus München - erfahren die eifernden Apparatschiks, was sie schon wieder falsch gemacht haben. Unterschrei-

ben sie dann die beigefügte „Unterlassungsverpflichtungserklärung“, ist die Sache - kostengünstig - erledigt.

Doch Fundamentalist Geibel („DJV-Ayatollah“), von einer Art Vernichtungsreflex gegen alle besessen, die ihm „Widerworte“ geben, teilte am 23. März 2006 uneinsichtig mit: „Wir sind zur geforderten Unterlassungserklärung nicht bereit.“ Dabei war klar, daß er als Redakteur des Vereinsblättchens gleich drei ziemlich plump ausgedachte Unwahrheiten verbreitet hatte: Zum einen hatte er die Zahl der von Conen für den DJV-Verbandstag formulierten Anträge falsch angegeben, zum weiteren hatte er seinem Feind eine Verbindung zum „Verband junger Journalisten“ (VJJ) angedichtet und obendrein - besonders infam - behauptet, Conen habe sich der Diskussion auf dem Verbandstag in Weimar „nicht gestellt“, und dabei verschwiegen, daß der Brandenburger gar kein Rederecht hatte.

Weil die Sache klar war, hatte das Landgericht Hamburg auf Conens Antrag am 25. April 2006 eine Einstweilige Verfügung gegen den DJV Baden-Württemberg erlassen. Doch der düpierte Arbeiterführer, der nur zu gerne noch Bundesvorsitzender des DJV werden möchte, wollte dem jetzigen Bundesvorstand nach Dutzenden verlorener Prozesse einmal zeigen, wie man dem neoliberalen Klassenfeind juristisch die Ohren langzieht. Rechtsanwalt Albrecht Götz von Olenhusen, 71, aus Freiburg im Breisgau meldete sich für DJV-Geibel, 65, beim 760 Kilometer entfernten Landgericht der Hansestadt und legte Widerspruch ein. Prompt ließ Geibel, der es offenbar nicht lassen kann, neue Lügen vom Stapel: Conen, so der faktenfreie Vortrag, habe eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben, weil er entgegen seiner Erklärung doch in enger Beziehung zum VJJ stehe. Denn der Vorstand des DJV-Brandenburg bestehe aus VJJ-Mitgliedern. Eben diese - falsche - Behauptung hatte dem DJV-Bundesverband vor Jahresfrist Unterlassungserklärung, Gegendarstellung und Richtigstellung - und hohe Kosten - eingetragen. „Man muß schon schwere Ausfallerscheinungen haben, wenn man den längst widerlegten Unsinn nun wieder aufwärmt - und gleich den nächsten Prozeß riskiert,“ hört man aus Conens Umgebung.

Sieger Conen geht davon aus, daß „Sonnenkönig“ Geibel in die nächste Instanz zum Hanseatischen Oberlandesgericht gehen wird: „Solange nach Auszahlung des Luxus-Gehalts an seine Frau noch Geld in der Kasse ist, wird er es nach



Landgericht Hamburg: Geibels Waterloo

dem Motto ‚Der DJV bin ich!‘ für seinen eitlen Ego-Trip verjuxen, bis zum Bundesverfassungsgericht.“ Da hat es der alte Herr von Olenhusen wenigstens nicht so weit wie nach Hamburg.

Letztlich ist Geibel, so die Meinung vieler auf dem Reformflügel, ein Segen. Der Mann ist so von gestern und so im Widerspruch zu ethischen Mindeststandards, so in Günstlingswirtschaft und Heuchelei verstrickt, daß man ihn gegenüber dem gemeinen DJV-Einfaltspinsel gut als abschreckendes Beispiel darstellen kann.

Und Conen ergänzt: „Wir in Brandenburg treten für Wettbewerbs-Föderalismus ein. Im Rahmen dessen können sich DJV-Mitglieder einmal kritisch überlegen, ob sie sich weiter von unsäglichen Gestalten wie Geibel vertreten lassen möchten. Brandenburg ist eine gute Adresse für alle, deren Intelligenz und Charakter den DJV bisher überlebt haben.“

„Nur der ist weise, der weiß, daß er es nicht ist.“

Sokrates

DJV HESSEN
**Brandenburg
ist bäh!**

Der Rekonvaleszent, gerade dem Krankenlager entstiegen, hätte beinahe einen schweren Rückfall erlitten. Rentner Hans Ulrich Heuser, Vorsitzender des DJV-Landesverbands Hessen, versagte fast die Stimme, als er als Gastgeber des DJV-Gesamtvorstands in Kassel auf den Leibhaftigen stieß: Brandenburgs Hans Werner Conen, liberaler Quälgeist der Klassenkampf-Nomenklatura, saß ihm gerade einmal zwei Meter über Eck gegenüber.

Heuser fixierte den Feind und rief tapfer in den Saal: „Alle Mitglieder des Gesamtvorstands sind für den Abend nach Bad Emstal eingeladen, nur Sie, Herr Conen, nicht!“ Die Geschäftsführerin des bayerischen Landesverbands, die im vergangenen Jahr das Fernhalten von Kritikern vom Kalten Buffet als Mittel der innerverbandlichen Willensbildung eingeführt hatte, klatschte heftig Beifall, ein paar andere in der fünfzig-köpfigen Runde eher zögerlich - der Rest schwieg zu Heusers peinlich primitivem Versuch, den Vertreter des in Dutzenden von Prozessen gegen den DJV erfolgreichen Landesverbands persönlich zu demütigen.

Conen selbst nahm's gelassen und erklärte später: „Das hat die für die DJV-Spitze leider typische Kindergarten-Anmutung. Motto: Brandenburg ist bäh! Als Retourkutsche auf unsere Erfolge darf ich beim Saufabend nicht dabei sein - infantil!“

Der Brandenburger hatte schon im vergangenen Jahr kritisiert, daß auf Kosten der DJV-Mitglieder, von denen viele mit sehr wenig Einkommen auskommen müssen, „teure Freß- und Saufgelage für Funktionäre in Luxus-Lokalen“ stattfinden. Conen damals: „Das ist unanständig und skandalös!“ Die Behandlung seines für den letzten Verbandstag in Weimar im November 2005 vorbereiteten Antrags, dem parasitären Wohlleben ein Ende zu machen, hat die Nomenklatura um den Vorsitzenden Konken durch rechtswidrige Tricks verhindert.

Rechtlich ist gegen den Ausschluß einzelner mißliebiger Gesamtvorstandsmitglieder von den teuren Luxus-Saufabenden kaum vorzugehen. Die selbständigen Landesverbände können einladen, wen sie wollen. Die Kosten von jeweils zwischen 3.000 und 5.000 Euro zahlen - ungefragt - die Mitglieder der Landesverbände. In Bad Emstal waren es die Beiträge von rund zweihundert hessischen DJVlern. Das verpraßte Geld fehlt nun etwa beim Rechtsschutz.

Conen wäre auch mit Einladung nicht zum Gratis-Gelage mitgegangen: „Ich verachte die Schnorrer-Mentalität dieser Leute. Wer ein Ehrenamt hat, muß Geld mitbringen - und sollte sich nicht da anstellen, wo's 'was umsonst gibt.“

„Jeder Erfolg, den man erzielt, schafft uns einen Feind. Man muß mittelmäßig sein, wenn man beliebt sein will.“

Oscar Wilde

DJV BRANDENBURG
**Die Exorzistin
vom kalten Buffet**

Der „Märkische Party-Service“ in Stahnsdorf, Event-strategisch günstig zwischen Potsdam und Berlin gelegen, hat einen guten Ruf, wenn es um's Feiern geht. Auf die Firma ist Verlaß bei kalten und warmen Buffets und launefördernden Getränken zu jedem Anlaß.

„Unternehmer? Erfolg? Den mach' ich kaputt!“, beschloß da die wohl von den PDS-Spätkommunisten inspirierte Journalistin Kirsten Graulich von den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ (PNN). Doch sie schrieb - zunächst einmal - nichts in ihrer Zeitung, sondern wollte offenbar die Sensation, über die dann zu schreiben wäre, erst selber produzieren - wie der Feuerwehrmann, der sich bei der Bekämpfung des selbstgelegten Brandes hervortun will.

In erprobter IM-Manier wandte sich Graulich, die sich sonst mit Dorffesten und Gemeinderäten plagen muß, an eine Politikerin der umgetauften Mauermörder-Partei SED mit einem heißen „Tip“: Die Catering-Firma werde von Torsten Witt, dem Vorsitzenden des DJV-Landesverbands Brandenburg, betrieben. Der, so die „Reporterin“, habe eine „Versorgungslücke entdeckt“ und mache nun zusammen mit seinem Vorgänger Bernd Martin „alles rings ums Feiern“.

Damit die Denunziation nach Stasi-Art bei der SED/PDS auch die gewünschten Beiß-Reflexe und damit politische Aktivitäten gegen den „Märkischen Party-Service“ auslöse, fügte die PNN-Agitprop-Lady („Viele Grüße von Haus zu Haus.“) noch einen zwei Jahre alten Internet-Blog des Berliner Ex-Maoisten Burkhard Schröder bei, in dem Torsten Witt als „Rechter“ angeprangert wird. Daß sich die Vorwürfe in zahlreichen Gerichtsverfahren samt und sonders als frei erfundene Unwahrheiten herausgestellt haben und für die spektakulären Blamagen des DJV-Bundesverbands gegen die Landesverbände Berlin und Brandenburg mit ausschlaggebend waren, verschwieg Graulich listig.

Schlimmer: Die Graulich-Story ist von Anfang bis Ende ein Lügen-Märchen, frei erfunden. Denn der Inhaber des „Märkischen Party-Service“ heißt nicht Torsten Witt, sondern - Torsten Witt. Beide Witts haben nichts miteinander zu tun. Partymann Witt aus Stahnsdorf ist nicht identisch mit dem Journalisten, Reisebürokaufmann und DJV-Oberen Witt aus Berlin. Und die weiteren rund dreißig Torsten Witts, die es laut Telefonbuch in Deutschland gibt, haben wiederum mit den beiden nichts zu tun. Für die Skandal-Journalistin der „PNN“, die bei der Konspiration mit Parteipolitikern erwischt wurde, ist das zu hoch: „Das glaube ich nicht!“, war ihre Reaktion, als sie mit ihrer beruflichen Inkompetenz konfrontiert wurde, „wir feiern trotzdem, aber ohne braune Soße“ - wohl hoffnungslos.

Erstaunlich, wie wenig Verstand für einen Job bei „PNN“ genügt. Man liest das Blatt mit anderen Augen, wenn man dank Graulichs Untergrund-Links zur Links-PDS-SED erfährt, daß das Prinzip offenbar lautet: Gesinnung statt Fakten.

Aus der Umgebung des DJV-Vorsitzenden Witt ist zu hören, daß die informelle PDS-Tip-Geberin Graulich schon bald Post von einer bekannten Kanzlei aus München erhalten wird - das „volle Programm“, wie es grimmig heißt.

Da gibt es sicher Rechtsschutz für „IM Kirsten“ von Honeckers Erben. Die haben ja genug beiseite geschafft.

DJV NIEDERSACHSEN **Gut, daß wir 'mal darüber geredet haben**

Im öffentlich-rechtlichen Norddeutschen Rundfunk (NDR) gärt es. Das sagt der niedersächsische DJV-Vormann Frank Rieger, selbst NDR-Redakteur in fester Pfründe. Freie Journalisten mit sogenannten Rahmenverträgen drohe gleich reihenweise die Existenznot, weil sie wegen „Überschreitens des Zeitlimits“ bei der Anstalt ausgemustert würden.

Die dank rigoroser Zwangsgebühren milliarden-schweren ARD-Anstalten praktizieren mit Ausnahme des Bayerischen Rundfunks jeweils Systeme der Beschäftigungsbegrenzung Freier Mitarbeiter. Das Ziel ist stets die Verhinderung von Festanstellungsansprüchen. Die wiederum können das Ergebnis der seit dreißig Jahren fatalen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts sein, das die Antwort auf die Frage, ob jemand selbständig oder Angestellter ist, ausschließlich auf die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit stützt; was im Vertrag vereinbart wurde, ist wurscht. Solcher „Schutz“ ist typisch für den bevormundenden Wohlfahrtsstaat, der die Vertragsfreiheit aushebelt mit dem Argument, Beamte und Richter wüßten besser als der Betroffene selbst, was für ihn gut sei.

Der scheinbare Segen für die, die in den Rundfunkanstalten wie Angestellte arbeiteten, aber als „Freie“ galten, hat sich längst in einen Fluch verwandelt: Durch rigorose Ausgrenzung der „Freien“ aus dem Betrieb und vor allem zeitliche Beschränkung ihrer Tätigkeiten auf wenige Tage im Monat und obendrein - wie beim NDR - auf „fünfzehn Jahre pro Leben“ verhindert das Anstaltsmanagement das Entstehen von Ansprüchen

auf Planstellen, die es nicht geben darf. Feststellungsprozesse bei Arbeitsgerichten, in den siebziger und achtziger Jahren eine Massenerscheinung, gibt es so gut wie nicht mehr.

Schuld an der Misere der „Freien“ in Radio und Fernsehen sind die Gewerkschaften. Sie waren es, die vor dreißig Jahren mit dem Argument „Klag' dich in die Festanstellung!“ und Rechtsschutz dafür auf Mitgliederfang gingen. DJV und - damals - RFFU (heute Verdi) wollten „mächtig“ werden - und an ganz viel Beitragsgeld von den - damals - ganz vielen gutverdienenden „Freien“ heran. Allein im Westdeutschen Rundfunk (WDR) mußten fast 500 neue Planstellen geschaffen werden, um diejenigen unterzubringen, die mit Hilfe von DJV und RFFU entdeckt hatten, daß sie eigentlich Arbeitnehmer waren.

So einfältig konnte auch damals kein Funktionär sein, als daß ihm nicht klar gewesen wäre, daß die Rundfunkanstalten - langsam, aber gewaltig - eine Gegenstrategie zur Abwehr der Klagewelle entwickeln würden. Nun geht die Saat auf, die dumpfbackig-kurzfristige Funktionäre vor langer Zeit gesät haben - viele „Freie“ erreichen ihre „Verfallszeit“ und werden zwangsweise verabschiedet.

Statt sich zu ihrer Verantwortung zu bekennen, machen DJV-Funktionäre das, was sie immer tun: Sie fordern von anderen die Lösung von Problemen, die sie selbst verursacht haben.

Pfründeninhaber Rieger verhöhnt sogar die von Existenzsorgen gebeutelten „Freien“ beim NDR. Sie hätten halt vor Jahren das Angebot annehmen sollen, auf der niedrigsten Besoldungsstufe Angestellte zu werden. „Heute ist meine Solidarität mit diesen Leuten begrenzt,“ empörte sich der Funktionär über seine Kollegen und ihre Not.

Und DJV-„Justitiar“ Benno Pöppelmann, wegen Dutzender verlorener Prozesse größter Geldvernichter in der DJV-Geschichte, merkte hämisch an, „leider, leider“ könne man den betroffenen Freien Journalisten so gar nicht helfen. Denn: „Die juristischen Möglichkeiten, gegen die Rundfunkanstalten und für die ‚Freien‘ etwas zu machen, sind sehr gering,“ grinste der Festangestellte.

Da faßte Michael Frömter, DJV-Statthalter in Schleswig-Holstein, die Diskussion zusammen: „Auf die ‚Freien‘ kommt massenhaft Übles zu. Wir als DJV können da leider nichts machen. Aber es war gut, daß wir einmal darüber gesprochen haben.“

DJV NORDRHEIN-WESTFALEN

Luftschloß Haus Busch

In Hagen, Nordrhein-Westfalen, läßt sich exemplarisch besichtigen, was geschieht, wenn man die Augen fest vor der Wirklichkeit verschließt und nicht wahrhaben will, daß die Welt sich schnell und gründlich ändert: Man steht über kurz oder lang allein da.

So ergeht es gerade dem DJV-Landesverband Nordrhein-Westfalen, der mit seinen untauglichen Versuchen, das sogenannte Bildungszentrum „Haus Busch“ zu „retten“, kläglich gescheitert ist. Der Landesvorsitzende Gregor Spohr, einst Links-Aktivist, heute ratloser Schweiger, mußte jüngst zugeben, daß „alles unsicher ist“.

Wohl wahr. Nach anfänglichem reflexhaftem „Alles muß bleiben, wie es ist!“-Geschrei und den üblichen flammenden Appellen an die anderen mußte der nordrhein-westfälische DJV-Gesamtvorstand sich in das Schicksal der Pleite von „Haus Busch“ fügen (4. April 2006: „Keine solide Basis für ein neues Haus Busch“). Der Insolvenzverwalter begann sein trauriges Werk; auch er fand keine Dummen mehr, die zahlen wollten.



„Haus Busch“ in Hagen: Pfründen weg

Doch viel Druck von denen, die bisher an „Haus Busch“ prächtig verdient haben, und ein gruppendynamischer autosuggestiver Prozeß unter

Funktionären verändern zwar nicht das Sein, wohl aber das Bewußtsein. Nun plötzlich findet derselbe Gesamtvorstand am 31. Mai 2006: „Neue Chance für Haus Busch“. Eine gemeinnützige Gesellschaft soll gegründet werden. Doch der Zauderer und Rückversicherer Spohr glaubt daran offenbar eher nicht. Er kündigte an, erst „im November“ wisse man, ob's weitergeht.

Daß in der Kunstwelt der Apparatschiks nicht sein kann, was nicht sein darf, wird nicht genügen. Die Verleger sind definitiv von Bord gegangen. Angebliche neue Gefährten wie die Gewerkschaft Verdi oder die Stadt Hagen gehören selbst zu den finanziellen Hungerleidern, die profitieren, aber nicht zahlen möchten. Deshalb mußte NRW-Großmogul Spohr kleinlaut zugeben: „Wenn, dann müssen wir alleine starten.“

Da ist kaum mehr Raum für persönliche Profit-Hoffnungen des DJV-Bundvorsitzenden Michael Konken, der als „Stadtmarketingberater“ wohl nicht reüssieren konnte. Bei seinem privaten „Einkünfte-Mix“ waren bislang hohe Zahlungen aus Hagen einkalkuliert. Um den finanziell klammen Großmufti insgeheim zu alimentieren, hatte der DJV ein System spezieller „Geldwäsche“ betrieben: Der Landesverband NRW zahlte kräftig für „Haus Busch“ und von dort erhielt Konken viel Geld für „Referententätigkeit“.

Damit ist auch deshalb Schluß, weil die Verleger als Mitfinanzierer der Umverteilung dem DJV auf die Schliche gekommen sind. Die entschlossene Weigerung, weiter Geld für eine Neuauflage von „Haus Busch“ locker zu machen, hat demnach einen klaren Grund.

Merke: Unrecht' Gut gedeihet nicht!

GEWERKSCHAFT VERDI
**Teures Papier,
billige Märchen**

„Wir bitten Sie, von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen abzusehen,“ schrieb die „Bundesverwaltung“ der Gewerkschaft Verdi kleinlaut bis unterwürfig an die Münchner Anwaltskanzlei Romatka & Kollegen - und kündigte die gefor-

derten hohen Geldüberweisungen an. Kanzlei-Sozius Gero Himmelsbach hat inzwischen nicht nur im Deutschen Journalisten-Verband (DJV) einen Ruf wie Donnerhall. Auch bei den erfolglosen Klassenkämpfern der Verlierer-Gewerkschaft Verdi verbreitet der siegreiche Anwalt der DJV-Landesverbände Berlin und Brandenburg inzwischen Furcht und Schrecken.

Mit der bedingungslosen Kapitulation der Berliner Maulhelden endet ruhmlos ein Lügenmärchen. Das hatte sich die Verdi-Postille „Sprachrohr“ ausgedacht, um die berühmt-berüchtigten „12 Thesen“ von Hans Werner Conen, Vorstandsmitglied beim DJV-Brandenburg, besser diskreditieren zu können. Conen könne leicht auf Gewerkschaft und Tarif verzichten, so die Verdi-„Kreativen“, denn er sei als „Rentner“ oder „Pensionär“ von seinen eigenen Forderungen nicht betroffen.

Doch während derlei Hervorbringungen der gewerkschaftseigenen Agitprop-Abteilung wohl sonst eher folgenlos verhallen, traf in diesem Fall Post aus München beim Verdi-Chef Frank Bsirske ein. Mit Mandat von Conen forderte Anwalt Himmelsbach barsch eine strafbewehrte Unterlassungserklärung und eine Gegendarstellung. Und das Unfaßbare geschah: Verdi beugte sich; die falschen Behauptungen wurden im Internet-Auftritt geschwärzt.

Doch mit der peinlichen Unterwerfung unter den neo-liberalen Freigeist und Rolls-Royce-Fan wollten die in Berlin vielfach mit PDS-Kommunisten versippten Berufs-Proletarier nicht leben: Sie widerriefen ihre Unterlassungserklärung teilweise. Keine gute Idee.

Da blieb nichts übrig als „die Landplage“ (Conen über Verdi) vor das Landgericht Berlin zu zerren, um die „Abteilung Lug & Trug“ in (ungewohnte?) rechtsstaatliche Schranken zu weisen. Conen: „Es macht halt auch Spaß, solche Typen kräftig einzutunken.“

Offenbar gewerkschaftstypisch - auch die „Gewerkschaft“ DJV hatte es beim selben Gericht in Sachen Berlin-Brandenburg mit freien Erfindungen versucht - tischten Bsirskeses Trommelbuben den Richtern frei erfundene faustdicke Unwahrheiten auf: Conen sei „Pensionär“, habe seine

Firma „nach Südfrankreich angesiedelt“, sei „63 Jahre alt“, „retriert“ und „beziehe Rente“. Beweise: Keine. Wahrheitsgehalt: Null.

Besonders bizarr der Verdi-Anwalt, ein bekanntes Original der linken Berliner Szene. Der protestierte (per Fax) dagegen, daß ihm Conens Anwalt ein Fax geschickt hatte - wegen der entstehenden Papierkosten. Eine E-mail wollte er auch nicht ausdrucken. Das Papier sei ihm zu teuer, jammerte er.

Genützt hat es alles nichts. Unter Aktenzeichen 27 O 862/05 kassiert Verdi eine peinliche - und teure - Niederlage gegen Conen. Rechtzeitiges Nachlegen von ausreichend Fax-Papier wäre billiger gewesen.

Und mit der Wahrheit hätte Verdi noch viel mehr Geld gespart. Aber Gewerkschaftsfunktionäre, die die Wahrheit sagen - wo gibt's denn sowas?

Personalien

Walther Bruckschen, Dissident im Bayerischen Journalisten-Verband, hat seinen Austritt nach sechzehn Jahren Mitgliedschaft per Ende Juni erklärt. Der auch in Verlagsfunktionen sehr erfolgreiche Münchner Journalist beklagt „Mobbing und Intrigen“ durch BJV-Funktionäre, die ihm seine Arbeit in verschiedenen Ehrenämtern unmöglich gemacht hätten. Insbesondere der Willkür der Geschäftsführerin Frauke Ancker, 61, die seit den Zeiten von Franz Schönhuber den Verband nach dem „Führerprinzip“ kommandiert, will sich der Oppositionsmann nicht länger aussetzen. So sollte Bruckschen mit einem Ausschlußverfahren entnervt werden, in dem ihm allen Ernstes vorgeworfen wurde, er habe zuviele Anträge bei einer Mitgliederversammlung gestellt. Der Verbandsführung wirft Bruckschen vor, in vorgestrige linke Gewerkschaftssektiererei abgedriftet zu sein und für BJV-Mitglieder nützliche Dienstleistungen („ADAC für Journalisten“) aus

ideologischen Gründen zu verweigern. Bruckschen kündigte an, sein ehrenamtliches Engagement außerhalb des BJV fortführen zu wollen.

Wolfgang Stöckel, CSU, 57, Verwaltungsangestellter im Schulamt Nürnberg und (dennoch) Vorsitzender des Bayerischen Journalisten-Verbands, soll nach einer bei der Staatsanwaltschaft München I eingegangenen Anzeige Beschuldiger in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren werden. Dem Funktionär wird vorgeworfen, durch rechtswidrige Ausgaben zugunsten eines Funktionärs den BJV geschädigt und sich so der Untreue schuldig gemacht zu haben.

Karl Geibel, SPD, 65, Rentner, fürchtet die Öffentlichkeit, insbesondere die weltweite. Der von seinen immer zahlreicheren Kritikern als „Der letzte treue Husar des Klassenkampfes“ verhöhnte Alleinherrscher des DJV Baden-Württemberg untersagte kurzfristig die angekündigte Internet-Berichterstattung vom Landesgewerkschaftstag am 19. und 20. Mai 2006 in Leonberg bei Stuttgart. Während von den entsprechenden Veranstaltungen des Verbands in Freiburg (2004) und Tübingen (2002) noch online berichtet werden durfte, blieb der Bildschirm diesmal dunkel. Nicht einmal nachträglich können die sowjetartigen Wahlergebnisse auf der Homepage des autoritär von Geibel („Der Lukaschenko des DJV“) seit zwanzig Jahren regierten Verbands nachgelesen werden. Bei der Wahl des Landesvorsitzenden wurden keine Kritik und keine anderen Kandidaten geduldet. Nur zwei Delegierte, über deren seitheriges Schicksal nichts bekannt ist, stimmten gegen Geibel.

Benno Pöppelmann, 51, durch Dutzende von Prozeßniederlagen schwer gezeichneter „Justiciar“ des DJV-Bundesverbands, soll ein schönes zusätzliches Pöstchen bekommen. Obwohl es schon zahlreiche Verbände und Initiativen gleicher Art gibt, wurde am 31. Mai 2006 in Berlin die „Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V.“ gegründet. „The Loser“ Pöppelmann ist ein Vorstandsamt fest versprochen, sobald der DJV (korporatives) Mitglied in dem überflüssigen neuen Verein wird und tausend Euro Beitrag zahlt. Der DJV hat sich für die Geldausgabe entschieden, um seinem Minus-Mann das Pöstchen zu kaufen.

Günther Oettinger, 48, CDU, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, muß sich eines unerbetenen Helfers erwehren. **Karl „Charly“ Geibel**, eitler Alleinherrscher im DJV Baden-Württemberg und vor kurzem noch (erfolgloser) SPD-Wahlkämpfer, brüstete sich in einer DJV-



Premier Oettinger:
Hilfe von Geibel verboten

Sitzung, er schreibe gerade für Oettinger die Festrede, die der Regierungschef beim Kongreß des Verbands im November halten werde. Das Staatsministerium in Stuttgart weist den Gedanken, Oettinger lasse sich vom SPD-Lautsprecher Geibel eine Rede schreiben, empört zurück. In der DJV-Sitzung hatte Geibel auf zweifelnde Einwürfe hin seine Ankündigung schon dahingehend relativiert, es könne ja ein „Scherz“ sein. Das Ergebnis: Kopfschütteln über den Wichtigtu-er.

Frauke Ancker, 61, Geschäftsführerin des Bayerischen Journalisten-Verbands (BJV), muß ihre Neugier bezähmen. In einer DJV-Sitzung beantragte sie - sichtlich erregt -, es solle über „rätselhaft anonymer Massen-E-mails“ gesprochen



BJV-Königin Ancker, Prinzgemahl Stöckel (links):
Fragen nach dem Stadl dürfen nicht sein

werden, die seit einiger Zeit unter vielen Verbandsmitgliedern kursierten. Nach einigen Minuten und heftigem Tuscheln mit Funktionären des Bundes-DJV meldete sich Ancker erneut und teilte zur allgemeinen Überraschung mit, der bayerische Antrag werde zurückgezogen und es solle nun nicht über das angebliche Rätsel disku-

tiert werden. Sitzungsteilnehmer vermuten, daß „Der Stadl“ gemeint war und die Verbandsführung sich vor einer Erörterung des Wahrheitsgehalts der im „Stadl“ veröffentlichten Beiträge fürchtete.

Hubert Engeroff, 56, Hauptgeschäftsführer des DJV-Bundesverbands, hat trotz der schon vor Monaten beschlossenen Auflösung des DJV-Bildungswerks den entsprechenden Internet-Auftritt nicht vor dem 30. Juni geändert. Dem unbefangenen Surfer wurde so monatelang vorgegaukelt, das Bildungswerk existiere weiter und wickele sein Seminarprogramm weiter ab. Daß das Bildungswerk in Auflösung war, wurde verschwiegen. Engeroffs Vorgehen, so Kritiker, die die Staatsanwaltschaft einschalten wollen, sollte die Nachfrager nach Seminaren offenbar über das Bildungswerk täuschen und zu Buchungen und Zahlungen unter falschen Voraussetzungen animieren.

Achim Wolff, Geschäftsführer des DJV-Hessen, hat dem Journalistenverband eine heftige Blamage verschafft. Er verschickte auf DJV-Kosten eine Broschüre des „Z&G Medienkolleg“ aus Kassel. In dem Traktat werden Journalisten aufgefordert, ihre Finanzen mit Public-Relations aufzubessern. Die Überschriften sind eindeutig: „Seitenwechsel zu Public-Relations“, „Schreiben im Dienst der Marketingkommunikation“, usw. Der DJV - der Bundesvorsitzende nennt sich „Stadtmarketingberater“ - propagiert aber nach außen eine strikte Trennung von Journalismus und PR. **Thomas Leif**, Vorsitzender des „Netzwerk Recherche“, ist entsetzt: „Der DJV in der Rolle des Vermittlers in die PR-Welt. Das klingt bizarr, zynisch und auf den ersten Blick unglaublich.“ Der ertappte Funktionär Wolff gibt den Treuherzigen: „Wir haben’s gut gemeint!“

Ulrike Kaiser, 54, „Chefredakteurin“ des DJV-Zentralorgans „Journalist“, hat sich den Hinweis des „Stadl“ auf ihr „Editorial“ mit schmeicheln-dem Jugendbildnis zu Herzen genommen. Sie ließ sich in der Garageneinfahrt neben den Mülltonnen mit „Obi“-Lattenverschlag im Hintergrund fotografieren. Die neue Bildkomposition „Hinterhof mit Dame“ unterstreicht den Anspruch des „Journalist“, Sprachrohr der Unterschicht zu sein.

Hans Ulrich Heuser, 63, Frührentner und Vorsitzender des DJV-Hessen wirbt auf der Internet-Seite seines Verbandes für den „Bildungsverein“ des DJV Baden-Württemberg, wo die Ehefrau des Vorsitzenden Geibel, **Heidrun-Ute Geibel**, für ein Luxus-Gehalt aus der DJV-Kasse, aber ohne Qualifikation als „Seminarleiterin“ auftritt. Heuser gehört zu denen, die die Auflösung des DJV-„Bildungswerks“ per Antrag betrieben haben. Jetzt wird klar, warum: Beute machen.

Briefe an den Stadl

Zu: Mit dem Trio Infernal ins Letzte Gefecht
(Der Stadl, Juni 2006)

Wir haben vor 25 Jahren den Mega-Fehler gemacht, uns von durchgeknallten Achtundsechzigern in eine Gewerkschaft ummodellieren zu lassen. Gewerkschaft funktioniert aber nur ohne individuelle Meinungsfreiheit. Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn uns der Mund verboten wird. Gewerkschaft für Journalisten ist ein Widerspruch in sich.

Emden

M. S.

Bei Helmut Kohl wollte eine breite Mehrheit nach 16 Jahren nur noch, daß er endlich geht. Das Problem des DJV ist aber nicht nur, daß da an ihren Sesseln klebende Versager sind, die nicht gehen wollen. Wichtiger ist, daß keine Nachfolger in Sicht sind, denen man bessere Arbeit zutrauen könnte. Der DJV hat selbst dann keine Zukunft, wenn man Konken, Geibel und Konsorten zum Teufel schickt.

Frankfurt am Main

S. Z.

Die Herrschaften sind unfähig, aber zu allem fähig!

Hagen

D. J.

Zu: Kommentar - Wie viele Pleiten noch?
(Der Stadl, Juni 2006)

Bravo, Frau Rothstein! Natürlich hätten es vernünftige Leute gar nicht erst zu all den Pleiten und schon gar nicht zu den völlig absurden Ausschlüssen mit anschließenden Watschen von den Gerichten kommen lassen. Aber was soll denn ein Verband machen, den die Vernünftigen längst verlassen haben und in dem die Dumpfbacken unter sich sind? Der Dumme kann nur dumm!

Dresden

M. H.

Als ich vor drei Jahren aus dem DJV ausgetreten bin, glaubte ich nicht, daß Unfähigkeit und Charakterlosigkeit der sich schamlos bereichernden Funktionäre noch steigerungsfähig sein könnten. Ich habe mich geirrt.

z.Z. Kampen, Sylt

F. M.- T.

Was will der Stadl denn eigentlich? Was geht Sie denn unsere Gewerkschaft DJV an? Lassen Sie uns doch einfach in Ruhe, damit wir unsere Arbeit für eine gerechtere Welt machen können.

Stralsund

L. F.

Der Stadl will das Gute. Red.

Da können Sie gegen unseren Vorstand hetzen wie Sie wollen, wir gehen unseren Weg weiter. Wir wollen solidarisch für mehr Gerechtigkeit und gegen den Raubtier-Kapitalismus zusammenstehen. Das kann doch gar nicht falsch sein!

Duisburg

K. A.

Zu: Null Bock auf Streik / Warten auf die letzte Waffe
(Der Stadl, Juni 2006)

So hämisch wie der Stadl reden ja nicht einmal die immer brutaleren Arbeitgeber über die Gewerkschaften. Reicht es denn nicht, daß Gewerkschaften allgemein und speziell der DJV nur noch Schatten ihrer selbst sind - muß man auch noch Leute treten, die schon am Boden liegen?

Nienburg

A. M.

Geibel hat schon vor Jahren auf einer Versammlung in Mannheim für regionale Tarife plädiert und den Bundesverband und die norddeutschen Verbände als „unfähig“ verunglimpft. Der Mann ist gefährlich, weil er vor keiner Unehrlichkeit und keiner Finte zurückschreckt. Daß er auf Bundesebene so tut, als hätte er mit Regionaltarifen nichts im Sinn, ist tolldreist.

Hamburg

W. W.

Streik ist reine Idiotie, wenn hinter jedem Streikenden zehn arbeitslose oder unterbeschäftigte Journalisten stehen, die den Job sofort übernehmen. Die Kollegen an der Basis wissen das und lehnen deshalb Streik ab. Unbelehrbare Funktionäre, die ihre Felle davonschwimmen sehen, akzeptieren das nicht und versuchen, uns zum Streik aufzuhetzen. Wer seinen Verstand beisammen hat, fällt darauf nicht herein. Denn wenn der Arbeitsplatz nachher weg ist, gibt's von den DJV-Großmäulern keinen neuen.

Karlsruhe

P. G.

Zu: Schießbefehl am Schutzwall
(Der Stadl, Juni 2006)

Es ist wie im richtigen Leben: Funktionäre versuchen, mit immer neuem Irrsinn „Ordnung“ zu schaffen, weil sie ja sonst überflüssig sind. Was der peinliche Opportunist Bütow, diese üble Hinterlassenschaft Kulpoks, versucht, ist völlig unsinnig. Warum treten diejenigen, die nach Brandenburg (wo sie ja willkommen sind) wollen, nicht einfach in Berlin aus und in Potsdam ein?

Berlin

G. J.

Man muß immer wieder aussieben, damit unser DJV nicht unterwandert wird von Leuten, die nicht dabei sein dürfen. Der Versuch der längst international vernetzten Neo-Nazis, den DJV zu übernehmen, ist nicht abgeschlossen. Diese Bedrohung unseres Verbands durch die Rechten muß mit allen Mitteln abgewehrt werden.

Cottbus

D. L.

Wann kommt der nächste Stadl?

Schauen wir einmal.

Womit muß das Politbüro rechnen?

Wie wär's mit:

- ▶ Die Rechtsverächter -
Wie DJV-Ideologen Gerichte
und Urteile ignorieren
- ▶ Folgenreiche Infos -
Ist der Stadl erst im Haus,
rastet gleich der Charly aus
- ▶ Dies und das -
Stadl am Morgen
bringt Kummer und Sorgen

